

Jörg Venderbosch
Mitarbeiter
DIE LINKE. Niedersachsen

Goseriede 8
30159 Hannover
Telefon 0511 9245910

Themenkomplex 1: Bezahlbarer Wohnungsbau

Seit 2018 hat sich die Zahl der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau von 82.496 auf 60.200 verringert. Für DIE LINKE in Niedersachsen ist der soziale Wohnungsbau somit zentrales Wahlkampfthema.

Wir wollen daher eine Wohnungsbauffensive mit einer Landeswohnungsbaugesellschaft schaffen. Mit dieser wollen wir 40.000 Wohnungen bis 2030 in Niedersachsen bauen!

Das im Jahre 2021 vom Bund beschlossene Baulandmobilisierungsgesetz wurde von uns in seiner Stoßrichtung begrüßt. Positiv sehen wir die Preislimitierung im öffentlichen Vorkaufsrecht, obwohl dieses unserer Bundestagsfraktion noch nicht weit genug geht. Ein Änderungsantrag unserer Fraktion

zielte darauf ab, dass das kommunale Vorkaufsrecht auf alle Grundstücke im gesamten Gemeindegebiet ausgeweitet und so reformiert werden sollte, dass es innerhalb einer Frist von sechs

Monaten preislimitiert zu einem sozialverträglichen Ertragswert angewendet werden kann und auf Eigentumswohnungen, Erbbaurechte sowie bei Verkäufen von Immobilienanteilen mittel Share Deals

ausgedehnt werden konnte. Gleichzeitig kritisiert DIE LINKE die zahlreichen Lücken beim Umwandlungsverbot im Gesetz. Wichtig wäre auch eine konsequente Bodenpreisbremse.

In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir zudem die Einführung der vom Bundesgesetzgeber bereitgestellten Mietpreisbremse in allen niedersächsischen Städten. Das Verbot spekulativen Leerstands, eine Nachschärfung des Zweckentfremdungsgesetzes und der Mieterschutzverordnung, sowie die Vergabe öffentlicher Flächen in Erbpacht zur Verhinderung von Grundstücksspekulationen und die Angleichung des Erbpachtzinses an die Situation auf dem Wohnungsmarkt.

Themenkomplex 2: Klimaschutz und Nachhaltigkeit

16 Prozent der CO₂-Emissionen stammen in Deutschland aus dem Gebäudesektor. Daher fordern wir in unserem Programm ein landesweites Förderprogramm zur Wärmedämmung von Gebäuden mit nachwachsenden Dämmstoffen und die Berücksichtigung klimagerechter Anforderungen beim Wohnungsneubau. Ein zentraler Leitgedanke bleibt für uns die reststoffarme Kreislaufwirtschaft.

Mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) hat der Bund eine wichtige Grundlage für die Reduzierung des

Emissionsausstoßes der Wohnungs- und Gebäudewirtschaft geschaffen, die auch die DIE LINKE grundsätzlich begrüßt. Deutschland ist bei der energetischen Sanierung allerdings nur Mittelmaß in Europa. Mit dem Gebäudeenergiegesetz zementiert die Bundesregierung veraltete Standards. Um die Klimaziele zu erreichen braucht es für den Neubau mindestens KfW-Effizienzhaus-40-Standard und für den Bestand KfW-Effizienzhaus-55-Standard.

Auf Gebäude entfallen ungefähr 35 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland. Sie sind aktuell verantwortlich für ungefähr 120 Millionen Tonnen des Treibhausgases CO₂ im Jahr. Daher ist die Sanierung von Gebäuden eine Seite der Medaille, die Bereitstellung nachhaltiger Energieträger für die Bewirtschaftung der Gebäude die andere Seite der Medaille.

Im Landtagswahlprogramm fordern wir Windkraftanlagen und Solaranlagen in öffentlicher Hand. Durch

diese können wir die Energieversorgung in die Verantwortung der Kommunen legen.

Nur durch die intensive Förderung der ökologischen Energiewende bestehend aus energetischer Sanierung, Energieeffizienz und zügigem Ausbau dezentraler alternativer Energieversorgung mit Landesmitteln, wird es zu einer echten Wende beim Klimaschutz kommen.

Themenkomplex 3: Umbauordnung

DIE LINKE begrüßt Initiativen die in einer Umbauordnung einen Beitrag zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit sehen. Wir stimmen grundsätzlich der Position, etwa von Architects for Future zu, die in

Abriss und Neubau keine Lösung für ein nachhaltiges Bauen sehe, da durch jeden Neubau Emissionen durch die mit der Errichtung verbundene Graue Energie entstehen. Durch Bewahrung bereits verbauter Materialien und Ressourcen im Bestand kann ein großer Beitrag zum Klimaschutz

geleistet werden. Daher ist es wesentlich, dass der Fokus auf den Gebäudebestand gelenkt wird und mit gut durchdachten und ausgeführten Sanierungen und Umbauten die vorhandenen Einsparpotentiale von CO₂ und Energie ausschöpft werden. Die Reduzierung grauer Energie im Bereich der Gebäudewirtschaft ist daher nur sinnvoll zu schultern, wenn auf lokaler Stoffkreisläufe, aber auch auf lokale Träger wissenschaftlicher Arbeit (Architekten und Ingenieure) gesetzt wird, die sich in lokalen Wirtschaftskreisläufen besser auskennen, als internationale Auftragnehmer.

Themenkomplex 4: Vorbildfunktion öffentliches Bauen

Die öffentlichen Auftraggeber trifft auch nach unserer Auffassung beim klimaneutralen Baumanagement eine Vorreiterstellung. DIE LINKE. Niedersachsen fordert in ihrem Wahlprogramm daher eine flächendeckende warmmietenneutrale Förderung von Energieeinsparungsmaßnahmen in Gebäuden über die landeseigene N-Bank. Diese muss eine Pflicht zu Photovoltaik-/Solaranlagen auf Neubauten enthalten sowie zur entsprechenden Ausrüstung aller öffentlichen Gebäude mit nachhaltigen Energieträgern (etwa auch Windturbinen) führen.

Themenkomplex 5: Vergabe verbessern, Planungswettbewerbe stärken

Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums. Sie schränkt demokratische Beteiligung ein und muss teuer bezahlt werden. Der Verkauf öffentlichen Eigentums insbesondere in der Daseinsvorsorge muss auf allen Ebenen rückgängig gemacht werden. ÖPP-Projekte („Öffentlich-private Partnerschaften“) sind eine Variante der Privatisierungspolitik, bei denen die Risiken durch öffentliche Haushalte abgedeckt, die Gewinne aber von den privaten Investoren eingestrichen werden. Das lehnt DIE LINKE strikt ab. Sie will stattdessen Einrichtungen in öffentlichem Eigentum stärken, z.B. die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die Norddeutsche Landesbank oder den Kommunen gehören. Ihre Geschäftspolitik ist am Allgemeinwohl auszurichten. Grundsätzlich ist der Leistungswettbewerb zu erhalten. Er schützt das örtliche Architektenwesen vor Dumpingangeboten internationaler Anbieter und sichert eine ortsverbundene Planung von Bauleistungen und stadtplanerische Qualität mit lokaler Verbundenheit.

Themenkomplex 6: Denkmalschutz

Auch für DIE LINKE. Niedersachsen gilt der Grundsatz, dass der Denkmalschutz zeitlich weiterentwickelt werden muss. Es bedarf einer flexiblen Praxis des Denkmalrechts. Bei einer Vereinfachung des Denkmalrechts sind sowohl Nutzungs- als Denkmalinteressen zu beachten. Besonders wichtig sind Förderprogramme für Begegnungsorte, -räume und Orte des zivilgesellschaftlichen Austauschs.

Themenkomplex 7: Fachkräftemangel

Für DIE LINKE gilt: Wer nicht ausbildet, soll zahlen: Es muss eine Umlagefinanzierung eingeführt werden, bei der Betriebe, die nicht ausbilden, eine Abgabe zahlen, die ausbildungswilligen Kleinunternehmen zugutekommt. In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir die Einrichtung eines Landesfonds, der die Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitnehmer*innen finanziell unterstützt, ferner die Nutzung der Berufsschulen als Weiterbildungszentren für neu entstehende Berufsfelder. Quereinsteigende brauchen gute Arbeits- und Lernbedingungen – dazu gehört auch ein gutes Einkommen während der Ausbildung bzw. Umschulung.

Themenkomplex 8: Ländlichen Raum stärken

Für die LINKE ist klar: Infrastruktur und Kultur dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Sie bilden die Grundlage für eine hohe Lebensqualität auch abseits der urbanen Zentren. Wir wollen Busverbindungen bis auf die Dörfer, idealerweise stündlich, zumindest aber als Rufbus (Stichwort intelligente Verkehrssysteme). Wir wollen Dorfgemeinschaftshäuser, Gemeindebüchereien und Landärzte zur Regel machen. Mit einem millionenschweren Förderprogramm soll wie in Thüringen (dortiges Volumen 4 Mio. €) die Nahversorgung in ländlichen Räumen gefördert werden. Dazu gehört auch die Ausweitung von theater-, musik-, museums- und medienpädagogischem Angebot in den ländlichen Regionen. Unser Landtagswahlprogramm sieht die Förderung der regionalen Wirtschaftsförderung für Nahversorgung, regionale Wirtschaftskreisläufe zur Stärkung der Kaufkraft auf dem Land und Bildung von Regionalvermarktungsinitiativen vor. Ferner wohnortnahe soziale Zentren in Dörfern, die als Orte der Begegnung dienen und Basisleistungen wie Post, Bank und öffentlichen Internetzugang sowie Veranstaltungsräume anbieten

Dazu benötigen wir eine flächenschonende Siedlungspolitik bei gleichzeitiger Revitalisierung der Ortskerne und die Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes durch die Einführung neuer kommunaler Steuern auf unverhältnismäßigen Verkaufsflächenverbrauch (Flächenfraß verhindern)

Themenkomplex 9: Zukunftsfähiger Schulbau

Der Renovierungsstau an Niedersächsischen Schulen ist ein Skandal. Daher fordert die Linke ein landesweites und vom Land finanziertes Sanierungsprogramm für Bildungseinrichtungen. Die Schulträger sind aufgrund der prekären Haushaltslage schlicht nicht mehr in der Lage dies allein zu leisten. Zu ausreichend ausfinanzierten Ganztagsgrundschulen, die auch in den Ferien als Schulhorte

eine Betreuung anbieten, gehört auch ein schulischer Bauzustand, der Schulen zu Orten des Wohlfühlens machen. Auch die Anforderungen inklusiven Lernens müssen baurechtlich und planerisch mitbedacht werden, da Schulen nach den rechtlichen Vorgaben grundsätzlich barrierefrei sein müssen. Durch die Ende 2000 ausgelaufene Schulbauhandreichung ist die Verantwortung nunmehr bei den Schulträgern selbst, die einen großen Gestaltungsspielraum haben.

Wünschenswert wären erneute landesrechtliche Vorgaben, die zu mehr Planungssicherheit bei der Erarbeitung allgemeingültiger Beschulungskonzepte und zu einer Kostentragungspflicht des Landes führen würden.